

**Bericht des Umweltbeauftragten
der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers**
vorgelegt zur VI. Tagung der 24. Landessynode im Juni 2010

Hannover, 26. Mai 2010

I.

Einleitung

Einen Umweltbeauftragten der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers gibt es seit dem Jahr 1979. Herr Direktor Professor Paul Gerhard Jahn (Amt für Gemeindedienst - AfG, 1979 bis 1990), Herr Direktor Pastor Hans Joachim Schliep (AfG, 1990 bis 2000) sowie von 2000 bis 2008 Frau Direktorin Pastorin Dine Fecht (AfG/Haus kirchlicher Dienste - HkD), Herr Pastor Professor Dr. Gerhard Wegner (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt/HkD) und Herr Pastor Stephan Wichert-von Holten (Kirchlicher Dienst auf dem Lande/HkD) haben die Aufgabe wahrgenommen.

Ab dem 15. September 2008 wurde im Umfang von 20 % seiner Tätigkeit als Theologischer Referent im Zentrum für Gesundheitsethik an der Ev. Akademie Loccum (Dienst-sitz: Hanns-Lilje-Haus Hannover) wiederum Herr Pastor Hans Joachim Schliep mit dieser Aufgabe betraut, für die er auf Bitten des Landeskirchenamtes auch nach seiner Zurruehsetzung zum 1. April 2010 bis auf Weiteres zur Verfügung steht. Dabei wurde das Aufgabenspektrum auf den Schwerpunkt Beratung der in der Umweltschutzarbeit der Landeskirche Tätigen und der kirchenleitenden Organe in umweltbezogenen Grundsatz- und theologisch-ethischen Fragen konzentriert. Der Umweltbeauftragte ist dem Landeskirchenamt unmittelbar zugeordnet. Seit dem 1. April 2010 nimmt er diese Aufgabe von seiner Privatwohnung in Hannover aus wahr.

Der letzte Bericht des Umweltbeauftragten wurde im Mai 2000 vor der 22. Landessynode als Aktenstück Nr. 124, ergänzt durch einen mündlichen Bericht, abgegeben. An der dort dargestellten Aufgabenfülle des Querschnittthemas "Umweltschutz" hat sich im Grundsatz nichts geändert. Diese Aufgaben werden - in der Nachfolge der "Arbeitsstelle Umweltschutz" im AfG (Frau Britta Rook, Herr Hans Joachim Schliep) - durch das Arbeitsfeld "Kirche und Umwelt" (Ökologie und Umweltmanagement: Herr Reinhard Benhöfer, Herr Michael Bruns-Kempf [1/2 Stelle]) sowie hinsichtlich der entsprechenden speziellen Fragen durch das Arbeitsfeld "Kirche und Landwirtschaft" (Kirchlicher Dienst auf dem Lande: Herr Pastor Karl-Heinz Friebe) im HkD wahrgenommen. Zwischen diesen Arbeitsstellen und dem Umweltbeauftragten besteht eine zweck- und handlungsorientierte Abstimmung (auch im Blick auf die Teilnahme an Sitzungen in landeskirchlichen und EKD-Gremien)

sowie eine in jeder Hinsicht reibungslose, vertrauensvolle und einvernehmliche Zusammenarbeit. Dem Umweltbeauftragten kommt die Funktion unterstützender Mitarbeit - insbesondere in theologisch-ethischen Grundsatzfragen - sowie grundsätzlich die Vertretung der landeskirchlichen Umweltanliegen in der Öffentlichkeit zu.

II.

Schwerpunkte

1. Aktuelles aus dem Bereich Ökologie und Umweltmanagement

Die vielfältige Tätigkeit des Arbeitsfeldes "Kirche und Umwelt" kann nicht Gegenstand dieses Berichtes sein.

(Stattdessen siehe: www.kirchliche-dienste.de/themen/47/319/0/0/0.htm)

Unbeschadet dessen sei wegen ihrer grundsätzlichen und aktuellen Bedeutung für die Landeskirche auf die beiden Themen "Energieeinsparung" und "Schutz der Elbe", verbunden mit einer Problemanzeige, hingewiesen:

1.1 Energieeinsparprogramm und "Der Grüne Hahn"

Die 23. Landessynode hatte im Jahr 2007 alle Kirchenkreise aufgefordert, 25 % der gebäudebezogenen CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2015 einzusparen (Basisjahr 2005). Um dieses Ziel erreichbar zu machen, haben etliche Kirchenkreise und das Landeskirchenamt in den beiden Jahren seit dem Beschluss der Landessynode eine Reihe von Initiativen ergriffen.

- Die Herren Benhöfer und Bruns-Kempff haben in dieser Zeit Ehrenamtliche aus über 500 Kirchengemeinden geschult.
- Zugleich hat die hannoversche Landeskirche ein Energieeinsparprogramm aufgelegt, das allen Kirchenkreisen Mittel für Energiegutachten oder Investitionsmaßnahmen zur Verfügung stellt und das Maßnahmen finanziert, die auf Verhaltensänderungen der Gebäudenutzer abzielen. Die Bundesregierung hat seit dem Jahr 2008 mit ihrer Klimaschutzinitiative die Aufstellung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten großzügig unterstützt. Für fünf Kirchenkreise einer jeden Landeskirche können Klimaschutzkonzepte gefördert werden. In der hannoverschen Landeskirche haben sich schnell Kirchenkreise gefunden, die diese Chance ergriffen haben. So hat der Kirchenkreis Gifhorn bereits Bundesmittel von deutlich über 50 000 Euro erhalten, die jetzt zur Gebäudebegutachtung genutzt werden, um eine Grundlage für gezielte Energieeinsparinvestitionen zu gewinnen. Ob die anderen vier Kirchenkreise ebenfalls noch Mittel aus dem Bundesprogramm erhalten werden, ist zz. unsicher, da die Bundesregierung das Programm Anfang Mai 2010 plötzlich gestoppt hat.
- Das Landeskirchenamt hat einen Antrag für ein integriertes Klimaschutzkonzept der gesamten Landeskirche vorbereiten lassen. Unmittelbar be-

vor er eingereicht wurde, wurde das Programm vom Bund überraschend eingefroren. Auch hier ist unklar, ob der Antrag der Landeskirche bewilligt wird.

- Im Rahmen des erfolgreichen Projektes "Der Grüne Hahn", das über das unmittelbare Energieeinsparungsthema hinaus die gesamte Ökologie einer Kirchengemeinde in den Blick nimmt, betreiben derzeit 50 Kirchengemeinden ein Umweltmanagement.
- Die Bereitschaft, Energieverschwendung zu bekämpfen und Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, ist also erfreulich groß. Allerdings wird diese Bereitschaft immer wieder behindert. Es ist nämlich für Kirchengemeinden und Kirchenkreise oft schwer, geeignete Ingenieure mit ausreichender Kompetenz zu finden, die energetischen Belange kirchlicher Gebäude angemessen zu erfassen und sinnvolle Energieeinsparmaßnahmen zu empfehlen. In den Ämtern für Bau- und Kunstpflege gibt es keine Versorgungstechniker oder Energiespezialisten. Gutachten von externen Ingenieurbüros sind kostspielig, häufig aber ungeeignet. Schwachstellen von Gutachten oder von konkreten Planungen bleiben unerkannt, weil es in der Landeskirche an Fachleuten für die notwendige Qualitätskontrolle fehlt. Die intensive Beratung der Kirchengemeinden und Kirchenkreise durch die Mitarbeitenden im Arbeitsfeld "Ökologie und Umweltmanagement" kann weder eine fachliche Expertise ersetzen noch können die Mitarbeitenden den Zeitbedarf eines Fachingenieurs zusätzlich aufbringen. Daraus ergibt sich die Frage, ob aus wirtschaftlichen Gründen dringend eine (befristete) Fachstelle auf landeskirchlicher Ebene eingerichtet werden müsste. Beispiele aus anderen Landeskirchen zeigen, dass eine solche Fachstelle effizient und der Nutzen höher als die Kosten sein kann.
- In diesem Zusammenhang sei Folgendes hervorgehoben: Das Ziel einer zukunftsfähigen Gesamtentwicklung kann auf praktisch allen Politikfeldern nur durch eine ökologische Erneuerung erreicht werden, bei der nach allgemeiner Überzeugung der Klimaschutz und eine veränderte Energieerzeugung und -nutzung (Energieeinsparungen, Erneuerbare Energien) eindeutig im Vordergrund zu stehen haben. Ebenso bildet die konsequente Ausrichtung an höchsten ökologischen Standards und Zielen die Voraussetzung für das Gelingen der notwendigen strukturellen und finanziellen Veränderungs- und Anpassungsprozesse in der Kirche (Kirchengemeinden, Kirchenkreise, Landeskirche); die damit gegebenen Chancen dürften einmalig sein und die unvermeidbaren Anpassungsprozesse umso kostengünstiger, je früher und entschlossener sie vollzogen werden.

1.2 Schutz der Elbe

Die 23. Landessynode hatte während ihrer X. Tagung im Juni 2006 einen Beschluss zum Schutz der Elbe gefasst (Aktenstück Nr. 123). Darin kam die Sorge zum Ausdruck, die Baumaßnahmen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung könnten den ökologischen Zustand der Elbe verschlechtern und damit gegen die Wasserrahmenrichtlinie und gegen das europäische Umweltrecht der "Natura 2000-Gebiete" verstoßen. Die Elbe ist in Mitteleuropa der einzige Strom, der auf einer Länge von hunderten von Kilometern (zwischen Tschechien und Geesthacht) nicht gestaut ist. Besonders die niedersächsische Mittelelbe ist infolge der früheren deutschen Teilung in einem für die Flussökologie günstigen, weitgehend naturbelassenen Zustand. Dieser kollidiert jedoch mit den Ansprüchen an eine europäische Wasserstraße. Der Elbeseitenkanal macht aus Sicht der Naturschutzverbände den Ausbau der Elbe zur ganzjährig befahrbaren Wasserstraße überflüssig. Der Niedersächsische Landtag, die Synode der EKD und die Synoden anderer Elbanrainerkirchen haben sich ebenfalls gegen den Ausbau der Mittelelbe ausgesprochen. Das Bundesverkehrsministerium hält jedoch unbeirrt an früheren Entscheidungen fest und lässt die Wasser- und Schifffahrtsämter weiterhin ökologisch bedenkliche Unterhaltungsmaßnahmen durchführen. Aus diesem Grund haben sich die meisten Elbanrainerkirchen auf Initiative der anhaltinischen Kirche zusammengefunden, um eine gemeinsame Position zum Schutz der Elbe zu formulieren. Im Sinne des o.g. Beschlusses der Landessynode ist Herr Benhöfer an diesem Prozess beteiligt.

Am 12. und 13. Juni 2010 findet in Hitzacker der Elbe-Kirchentag statt.

2. Kernenergienutzung und Endlagerstandortsuche

Ein eindeutiger Schwerpunkt für den Umweltbeauftragten sind die Fragen der Kernenergienutzung und der Endlagerstandortsuche.¹

2.1 Auf dem Hintergrund ihrer bisherigen Stellungnahmen und in sachlicher Übereinstimmung mit der Synode der EKD, die ihre Forderung nach einem Ausstieg aus der Kernenergie und nach einer unverzüglichen Lösung der Endlagerstandortfrage im November 2008 noch einmal bekräftigt hat, hat sich die hannoversche Landeskirche aktiv an der Programmgestaltung und Durchführung des vom damaligen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel vom 30. Oktober bis

¹ Rückblick: Schon die Erklärung der 19. Landessynode aus dem Jahr 1988 ordnet die Kernenergienutzung in den Gesamtzusammenhang der Energieversorgung und des Klimaschutzes ein. Sie kommt zu dem Ergebnis, Kernenergie müsse "verzichtbar gemacht werden" und sei als Grundlage für eine künftige Energiepolitik ungeeignet. Diese Aussage präzisiert die 22. Landessynode in ihrem Beschluss vom 26. November 1997 dahingehend, dass sie nachdrücklich auf die ungelöste Endlagerproblematik hinweist und die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft auffordert, den Konflikt um die Entsorgung hoch-radioaktiver Brennelemente nach ihrer Nutzung gemeinschaftsverträglich zu lösen. Dabei weist die 22. Landessynode darauf hin, dass es auch nach 40 Jahren Kernenergienutzung kein ausreichendes Wissen darüber gibt, ob und wie die Biosphäre vor Schäden durch hoch-radioaktive Strahlungen wirksam geschützt werden kann. Darum hält sie die Folgen und Risiken der Kernenergie für unabsehbar und bis heute unbeherrschbar. Daraus folgert sie: Anstelle der Kernenergie wie auch der Nutzung fossiler Brennstoffe muss eine weitaus rationellere und effizientere Energienutzung (Energieeinsparungen) als bisher und die Erforschung und Verwendung erneuerbarer Energiequellen zur Grundlage der Energiepolitik gemacht werden. Zugleich fordert die 22. Landessynode, die (CASTOR-)Transporte hoch-radioaktiver Abfälle in das Zwischenlager Gorleben einzustellen, bis die Entsorgungsfrage gelöst ist. Die 23. Landessynode hatte im Mai 2004 diese Aussagen noch einmal präzisiert. Inzwischen lassen namentlich die Vorgänge um Asse II massive Zweifel an der Qualität bisheriger Gutachten als begründet erscheinen.

zum 1. November 2008 in Berlin veranstalteten "Endlagersymposiums" beteiligt. Dieses geschah insbesondere durch die maßgebliche Mitarbeit von Herrn Pastor Eckhard Kruse aus Gartow in der Programmkommission sowie durch eine Teilnahme einer beachtlichen Zahl von Mitgliedern der Landeskirche, namentlich auch durch ein Referat von Herrn Propst Stephan Wichert-von Holten, Lüchow-Dannenberg, in der Arbeitsgruppe zu den ethischen Fragen.

- 2.2 In Aufnahme und Weiterführung dieses Endlagersymposiums hat die Ev. Akademie Loccum vom 17. bis 19. Juni 2009 eine international besetzte Tagung mit dem Titel "Endlagersuche - und kein Ende?" veranstaltet, in deren Vorbereitung und Durchführung auch Herr Pastor Eckhard Kruse und der Berichterstatter (siehe 4.) einbezogen waren.
- 2.3 Aus Sicht des Umweltbeauftragten bestätigen sowohl das Berliner Symposium als auch die Loccumer Tagung aufgrund insbesondere der von internationalen Fachleuten dargelegten Anforderungen an eine Endlagerstandortsuche bzw. ein Endlager die seit Jahren von kirchlicher Seite vorgetragenen Vorschläge und Forderungen:
 1. Die Wiederaufnahme der Endlagerstandortsuche ist dringend geboten, weil die lebende Generation als derzeitige Nutznießer der Kernenergie die Last der Entsorgung nicht nachfolgenden Generationen aufbürden dürfen.
 2. Sie muss nach verbindlichen, international anerkannten und für die Öffentlichkeit transparenten Sicherheitskriterien erfolgen.
 3. Die notwendigen Erkundungsarbeiten dürfen nicht auf den Gorlebener Salzstock beschränkt bleiben, sondern müssen sich auf mindestens eine alternative mögliche Endlagerstätte und ein anderes Wirtsgestein als Salz erstrecken.
 4. Es ist eine Bürgerbeteiligung auf breiter Basis sicherzustellen, insbesondere unter Einbeziehung der Bürger und Bürgerinnen im Wendland.
 5. Die politisch (leider) nicht umgesetzten Ergebnisse des "Arbeitskreises Endlagerung" (AKEnd) auf Bundesebene (2002) können weiterhin als grundsätzlich richtungweisend gelten.
- 2.4 Die Landeskirche hat Herrn Pastor Eckhard Kruse, Gartow, im Frühjahr 2009 ausdrücklich damit beauftragt, als Mitglied der damaligen Programmkommission, die nun zum "Forum Endlagersuche" umbenannt wurde, an dem Beratungs- und Entscheidungsprozess in Fühlungnahme mit dem landeskirchlichen Umweltbeauftragten weiterhin aktiv mitzuwirken. Neben seiner unmittelbaren Ortskenntnis und -verbundenheit besitzt Herr Kruse ein besonders hohes Maß an Sachkenntnis, über das in der Landeskirche niemand sonst verfügt und das

er auch in den internationalen Diskussions- und Konsultationsprozess einbringt. Der Berichterstatter möchte Herrn Kruses Einsatz besonders gewürdigt wissen.

- 2.5 Die Ev. Akademie Loccum steht als Tagungs- und Veranstaltungsort für die anstehenden Fragen weiterhin zur Verfügung; es gibt erste Überlegungen zu einer "Atompolitik"-Tagung im Jahr 2011.
- 2.6 Nach Bekanntwerden der Koalitionsvereinbarung der neu gewählten Bundesregierung hatte die 24. Landessynode in Aufnahme der Synodenbeschlüsse vom November 1997 und vom Mai 2004 sowie unter ausdrücklicher Zustimmung zu dem Beschluss des Kirchenkreistages Lüchow-Dannenberg vom 3. November 2009 am 26. November 2009 eine weitere Stellungnahme abgegeben (Aktenstück Nr. 53). Diese enthält der Sache nach die oben erwähnten fünf Forderungspunkte, die inhaltlich wie folgt ergänzt wurden:
 1. Die Landessynode tritt dafür ein, das Vorhaben der neuen Bundesregierung, die Laufzeiten von Kernkraftwerken zu verlängern und die Erkundung des Salzstockes bei Gorleben alternativlos fortzusetzen, nicht zu verwirklichen.
 2. Die Landessynode hält die Kernenergienutzung weder für einen wirksamen und verantwortlichen Beitrag zum Klimaschutz noch wegen des möglichen Ausmaßes ihrer Risiken überhaupt für eine Technologie, die im Sinne des biblischen Auftrages, die Schöpfung zu bewahren, verantwortet werden kann.
 3. Die Landessynode kann einen wirksamen Klimaschutz nur in einer Änderung im Energienutzungsverhalten (Energieeinsparungen, neue technische Verfahren) und der zügigen Erschließung anderer umweltschonender Energiequellen erkennen und hält nur diesen Weg für verantwortbar.
 4. Die Landessynode problematisiert die Bezeichnung der Kernenergie als "Brückentechnologie" und wendet sich gegen eine Laufzeitverlängerung, weil dadurch die anfallenden Mengen hochradioaktiver wärmeentwickelnder Abfälle gesteigert werden, ohne dass es für die jetzt schon angefallenen Abfallmengen eine sichere Entsorgungsmöglichkeit gibt, und die Gefahr besteht, dass die Erschließung Erneuerbarer Energiequellen nicht mit der notwendigen Dringlichkeit und Vorrangigkeit betrieben wird.
 5. Die Landessynode hält die Anwendung des Atomrechtes statt des Bergrechtes für unabdingbar, weil nur dadurch das erforderliche Maß an Bürgerbeteiligung gewährleistet ist.
 6. Die Landessynode bittet das Landeskirchenamt, die Beratung in juristischen Fragen und die Unterstützung bei gerichtlichen Klärungen der Kir-

chen- und Kapellengemeinden, deren Salzrechte durch eine Fortsetzung der Erkundungsarbeiten im Salzstock Gorleben angetastet werden könnten, unbeschadet deren selbstständiger Entscheidungsverantwortung zu gewährleisten.

7. Die Landessynode bittet alle Beteiligten, namentlich auch die Bundesregierung und die Niedersächsische Landesregierung, mit einer ethisch verantwortbaren wie sachlich vertretbaren Lösung auch ihre friedensstiftende Aufgabe ungeschmälert im Blick zu behalten.

2.7 Nachdem im März 2010 die Pläne von Herrn Bundesumweltminister Dr. Röttgen bekannt geworden sind, die Erkundungsarbeiten alternativlos in Gorleben fortzusetzen und das entsprechende Moratorium aufzuheben, hat die hannoversche Landeskirche den Bundesumweltminister um ein Gespräch gebeten und am 19. März 2010 eine Presseerklärung abgegeben, die den Beschluss der Landessynode vom 26. November 2009 konkretisiert².

2.8 Bedauerlicherweise hat der Bundesumweltminister noch keinen Gesprächstermin angeboten.

2.9 Kontrovers diskutiert wurde auch die Frage, ob die vom Bundesumweltminister in Aussicht genommene Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken zur Energieversorgung in Deutschland notwendig sei. Dieser Auffassung trat im Mai 2010 der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) aufgrund einer neuen Studie, gestützt auf Modellrechnungen des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, deutlich entgegen. Am 5. Mai 2010 erklärten der Vorsitzende des

² Pressemitteilung der Informations- und Pressestelle vom 19. März 2010 - Stellungnahme der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers zur Absicht des Bundesumweltministers der Weitererkundung des Salzstocks in Gorleben:

Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers hat durch die Presseerklärung des Bundesumweltministers Dr. Norbert Röttgen vom 15. März 2010 und durch entsprechende Presseberichte von der Absicht erfahren, das "Gorleben-Moratorium" aufzuheben und die Endlagererkundungsarbeiten im Salzstock Gorleben wieder aufzunehmen.

Die Landeskirche hält es grundsätzlich für notwendig, in absehbarer Zeit einen Weg zur Endlagerung hochradioaktiver wärmeentwickelnder Abfälle zu finden.

Wir haben jedoch großes Verständnis für die Sorgen der Bevölkerung, besonders im Wendland. Deshalb bitten wir den Bundesumweltminister, auf die Bedenken und Sorgen der Menschen Rücksicht zu nehmen und die Suche nach einem Endlager ergebnisoffen zu halten.

Die hannoversche Landeskirche, zu der die betroffenen Kirchen- und Kapellengemeinden gehören, erinnert an die Erklärung ihrer Landessynode vom 27. November 2009. Darin wird eine Weitererkundung des Gorlebener Salzstocks mit drei Bedingungen verknüpft:

- 1. gleichzeitige Erkundung mindestens eines weiteren Standortes und eines anderen Wirtsgesteins als Salz,*
- 2. in einem transparenten öffentlichen Verfahren entwickelte standortunabhängige Sicherheitskriterien nach internationalem Standard,*
- 3. Erkundung nach den Regeln des Atomrechts statt des Bergrechts und damit unter den Bedingungen der speziellen Beteiligungsformen für Bürgerinnen und Bürger.*

Diese Forderungen werden nach den der Landeskirche bekannten Informationen nicht erfüllt. Darum wird die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers den Bundesumweltminister um ein baldiges klärendes Gespräch bitten.

Als Christinnen und Christen stehen wir in der besonderen ethischen Verantwortung zur Bewahrung der Schöpfung. Im Blick auf die Kernenergie, insbesondere ihre äußerst langfristigen und weit reichenden Folgen, müssen strengste ethische Maßstäbe für wissenschaftliches, technisches und politisches Handeln zur Geltung gebracht werden. Im Blick auf die Endlagerung geht es um eine Standortsicherheit von einer Million Jahren.

Die Landeskirche erwartet, dass den Menschen vor Ort Vertrauen entgegengebracht wird, dass sie in sämtliche Prozesse einbezogen werden und dass die Erkundung transparent, nachprüfbar und ergebnisoffen durchgeführt wird. Bereits verloren gegangenes Vertrauen muss durch maßvolle und von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung nachvollziehbare politische Entscheidungen wieder gewonnen werden. Insgesamt bedarf es eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses, der Parteien und Wahlperioden übergreift.

gez. Dr. Johannes Neukirch, Pressesprecher

SRU, Herr Professor Dr. Martin Faulstich, und der Energieexperte des SRU, Herr Professor Dr. Olav Hohmeyer, im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages³: "Deutschland kann im Jahr 2050 zu hundert Prozent klimaschonend mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden. ... Die Bundesregierung muss jetzt die Weichen für den Umbau des Energiesystems stellen." (Faulstich) – "Für die Übergangszeit sind weder Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke noch neue Kohlekraftwerke erforderlich. Die Brücke zu den erneuerbaren Energien steht bereits." (Hohmeyer)

Das bedeutet zugleich, dass die Nutzung Erneuerbarer Energien langfristig kostengünstiger sein wird als die der Kernenergie.

Damit wird die Position der Landessynode bestätigt.

2.10 Dem Berichterstatter ist folgender ethische Aspekt besonders wichtig: Die sichere Endlagerung verlangt eine "Langzeitverantwortung", die in zeitlicher Hinsicht über alles bisher Dagewesene hinausreicht und in sachlicher Hinsicht alles menschliche Maß weit übersteigt. Die internationale Fachwelt ist sich einig: Ein Endlagerstandort muss eine Million Jahre "sicher" sein. Zugleich sollten den nachfolgenden Generationen noch Handlungsoptionen offen stehen ("Rückholbarkeit")! Wann hat der Mensch je vor einem solchen Zeithorizont verantwortlich handeln müssen?

2.11 Der nächste CASTOR-Transport wird für den Herbst 2010 erwartet.

3. Regierungskommission "Klimaschutz"

Die Niedersächsische Landesregierung hat im Jahr 2008 eine interministerielle Regierungskommission "Klimaschutz" eingesetzt, an der die wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und Akteure beteiligt sind. Dabei geht es um die absehbaren Aus- und Folgewirkungen des Klimawandels auf die verschiedenen Landschaftsformen, Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche Niedersachsens. An diesen Überlegungen beteiligt sich die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers über die Geschäftsstelle der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen. Der Regierungskommission gehört Herr OLKR Behrens als Geschäftsführer der Konföderation an (Vertreter: Herr Schliep), in den Arbeitsgruppen "Klimafolgenanpassung" (z.B. im Blick auf Landwirtschaft), "Energie und Klimaschutz" sowie "Bildung" arbeiten die Herren Friebe (Gesundheit: Schliep), Benhöfer und Niedernolte (Evangelische Erwachsenenbildung Niedersachsen) mit; die AG "Mobilität und Innovation" ist von kirchlicher Seite noch unbesetzt.

³ Laut SRU-Presseerklärung vom 5. Mai 2010; ausführlicher in SRU-Stellungnahme 15 (erscheint Ende Mai)

4. "Bewahrung der Schöpfung" - Theologisch-ethische Grundsatzfragen

Die Tätigkeiten des Umweltbeauftragten zu diesem weiten und schwer abgrenzbaren Themenfeld werden im Folgenden weitgehend stichwortartig aufgeführt:

- Zuarbeit für die Bischofskanzlei (z.B. Referatsvorlagen, Beantwortung von Anfragen), das Landeskirchenamt sowie den Umwelt- und Bauausschuss der Landessynode
- Thematische sozial- und umweltethische Einführung beim Studientag "Klimaschutz" (am 31. Januar 2009 in Hannover mit Franz Alt; Veranstalter: Arbeitsfeld "Kirche und Umwelt")
- Teilnahme an der Landwirtschaftstagung "Health Check oder Hell's Cheque? Was bringt der 'Gesundheitscheck' der Gemeinsamen Agrarpolitik?" und Moderation der Arbeitsgruppe "Cross Compliance" (vom 6. bis 8. Februar 2009 in der Ev. Akademie Loccum; s. Loccumer Protokolle 04/09)
- Diskussionsteilnahme bei der Veranstaltung "Klimawandel und internationale Gerechtigkeit" (am 9. Februar 2009 im Forschungsinstitut für Philosophie in Hannover)
- Gottesdienstvorbereitung mit Predigtimpuls zu Johannes 10, 11-16 und 27-30 und Beitrag "Kirche, Klima, Kernenergie - Protestantische Positionen in einem politischen Langzeitkonflikt" (Gottesdiensthilfe zu Mis. Domini am 26. April 2009, dem 23. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe, hg. von der Arbeitsgruppe "Hilfe für Tschernobyl-Kinder in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers")
- Referat zum Thema "Schöpfung oder Evolution?" (am 27. Mai 2009 in der Ev. Regional- und Stadtakademie in Laatzen mit Frau Dr. rer. nat. habil. Monika Müller aus Loccum)
- vier Mittagsgebete (ab 05/2010) und der Gottesdienst "Es ist ein Himmel über dir gespannt" mit Predigt zu 1. Mose 1, 6-8 am 5. Juli 2009 in der Garten.Eden.Kirche (Christuskirche in Hannover)
- Teilnahme an der Tagung "Endlagersuche und kein Ende? Wege aus einer unendlichen Geschichte" und Moderation der Arbeitsgruppe "Rückholbarkeit und Langzeitüberwachung" (vom 17. bis 19. Juni 2009 in der Ev. Akademie Loccum; s. Loccumer Protokolle 29/09)
- Mitveranstaltung und thematische sozial- und umweltethische Einführung bei der Fachtagung "Grüne Gentechnik" (am 24. Oktober 2009 im HkD in Hannover, zusammen mit den Arbeitsfeldern "Kirche und Umwelt" und "Kirchlicher Dienst auf dem Lande")
- Beratungen und Presse-Interviews zur "Tier-Ethik"

- Studienarbeit zum Thema "Synthetische Biologie" und Referatstätigkeit zum Themenkreis "Der Mensch - ein Biofakt?!" (oder mit etwas anderer Themenformulierung; Vorträge in sechs Kirchengemeinden)
- Referat zum Thema "Kernenergie: Kirche im Konflikt - Einsichten, Erfahrungen, Aussichten" (23. Januar 2010, Ökumenisches Netz Niedersachsen, Hannover)
- Studienarbeit zum Themenfeld "Nachhaltigkeit" (z.B. Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, hg. von "Brot für die Welt", Ev. Entwicklungsdienst, BUND, Frankfurt am Main 2008; Markus Vogt: Prinzip Nachhaltigkeit. Ein Entwurf aus theologisch-ethischer Perspektive, München 2009)
- Referat "Was kostet die Welt? Herausforderungen durch Klimawandel, Globalisierung, Finanzmarktkrise auf ökologische Politik, kirchliches und persönliches Handeln" (14. Mai 2010, Jahreskonferenz der Diakoniegemeinschaft Stephansstift Hannover; in diesem Zusammenhang auch Studienarbeit zu Luthers wirtschaftsethischem Denken und den einschlägigen Stellungnahmen aus dem Bereich der EKD und der VELKD seit ca. 1980)
- Mitwirkung an der Neubearbeitung des Ev. Erwachsenenkatechismus, insbesondere zur "Ethik der Technik" (mit Herrn Superintendent Dr. Ralph Charbonnier, Burgdorf).

Am letztgenannten Punkt wird deutlich, dass sich die Referententätigkeit im Zentrum für Gesundheitsethik (80 %) und die Umweltbeauftragung (20 %) ergänzt haben. Denn die theologisch-ethischen Grundfragen sowohl in der Medizin- und Gesundheitsethik als auch in der Umweltethik beruhen auf der ökonomisch-technischen Entwicklung in der Neuzeit; auch konnte ansatzweise eine Verbindung zwischen Gesundheits- und Umweltfragen hergestellt werden. Aus diesem Grund haben Mitarbeitende aus den Arbeitsfeldern Umwelt, Wirtschaft und Landwirtschaft zusammen mit Mitarbeitenden aus der Gemeinde-, Klinik-, Psychiatrie- und Altenseelsorge an dem vom Berichterstatter am 2. Dezember 2009 im Hanns-Lilje-Haus in Hannover veranstalteten Werkstattgespräch "Ethik-Seelsorge-Spiritualität" teilgenommen, das der Vernetzung unterschiedlicher kirchlicher Handlungsfelder, deren innerer Zusammenhang eher unbeachtet bleibt, dienen sollte.

III.

Kontakte

Im Folgenden werden - ebenfalls stichwortartig und in Auswahl - eine Reihe von Arbeitskontakten und Mitwirkungen bei Veranstaltungen und Projekten, die in den meisten Fällen keine besonderen Vorbereitungen oder Texterarbeitungen erforderten, genannt:

- Gespräch mit dem Niedersächsischen Umweltminister und dem Fachreferenten für Endlagerfragen
- Gespräche mit dem ehrenamtlichen Umweltbeauftragten der römisch-katholischen Diözese Hildesheim, Herrn Ansgar Holz knecht
- Austausch über Asse- und Gorleben-Problematik mit den Umweltbeauftragten der niedersächsischen Landeskirchen und anderen kirchlichen Fachleuten (Einladung durch die Geschäftsstelle der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen)
- Mitwirkung im Seelsorgeteam beim CASTOR-Transport am 9. und 10. November 2008 in Gorleben
- Besichtigung des Zwischenlagers und des Endlagererkundungsbergwerks Gorleben (13. Mai 2009)
- Interview-Partner für ein DLF-Feature zur Entwicklung der Umweltarbeit in der EKD und der Landeskirche (Erstsendung am 5. August 2009)
- Gottesdienste in Holtorf und Gartow (28. August 2009)
- Interview-Partner beim ökumenischen "Schöpfungstag": Rückblick auf die Umweltarbeit der hannoverschen Landeskirche und der EKD (19. September 2009, Marktkirche Hannover)
- Teilnahme an der Sitzung des Kirchenkreistages Lüchow-Dannenberg (3. November 2009)
- Gespräche mit zwei Loccumer Vikarinnen über Umweltthemen (Projekt im 2. Theologischen Examen)
- Mitarbeit am Projekt "Schöpfungszeit" (Kooperation HkD und Lutherisches Verlags-haus).

IV.

Fazit, Dank, Ausblick

Der Berichterstatter überblickt die Umweltarbeit in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers seit 1976. Es hat sich etwas verändert. Anfragen, ob denn Umwelt- und Klimaschutz die Kirche überhaupt etwas angingen, sind inzwischen den in der Landeskirche weithin anerkannten Hauptanliegen des »Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« gewichen. In diesem Motto ist der unauflöslche, angesichts der Globalisierung und der Finanzmarktkrise immer bedeutsamer werdende Zusammenhang zwischen der Umwelt- und der Wirtschafts-, Entwicklungs-, Sozial- und Bildungspolitik in einem weltweiten Zusammenhang ausgedrückt. Die alte Kurzformel »think global - act local«, lange vor der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (Rio 1992: Agenda 21), hat an Bedeutung im persönlichen ebenso wie im kirchlichen und ge-

sellschaftlichen Handeln gewonnen - und harrt doch immer noch ihrer Verwirklichung! Dass die Begriffsverbindung »Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung« in vieler Munde ist, muss - auch wenn "Alarmismus" unangebracht bleibt und die Klagen über die Aufgabenfülle in der Kirche verständlich sind - als unablässige Beunruhigung und beständige Herausforderung verstanden werden. Hier bittet der Berichterstatter die Landessynode, durch ermutigende Stellungnahmen und konkrete (auch finanzielle) Maßnahmen resignativen Tendenzen zu begegnen. Es gilt, die Notwendigkeit nachhaltigen Wirtschaftens wahrzunehmen als das, was sie ist: eine große und einmalige Chance!

Der Berichterstatter dankt der Landessynode, dass sie sich immer wieder mit den umweltethischen, -praktischen und -politischen Herausforderungen befasst hat. Im Sinne der Prinzipien "Beherrschbarkeit, Korrekturfähigkeit, Risikobegrenzung", "Nachhaltigkeit", "Zukunftsfähigkeit" sowie "internationale (ökumenische) und generationenübergreifende Gerechtigkeit" bittet er die Landessynode, auf der Grundlage ihrer bisherigen Beschlüsse weiterhin und verstärkt einzutreten beispielsweise für

1. den Klimaschutz,
2. eine effizientere Energienutzung und ressourcenschonendere Energieerzeugung,
3. einen Ausstieg aus der Kernenergie,
4. die zeitnahe Lösung der Endlagerstandortfrage.
5. Außerdem auch dafür, die ökologische als zentrale Bildungsaufgabe zu begreifen. Diesem Punkt soll der mündliche Bericht im Zusammenhang mit den (theologisch-ethischen) Grundfragen und einem Ausblick dienen.

Abschließend dankt der Berichterstatter allen oben genannten Personen, insbesondere Herrn Benhöfer und Herrn Kruse. Sein Dank gilt namentlich auch den Mitgliedern des Umwelt- und Bauausschusses der Landessynode sowie den im Landeskirchenamt für Umweltfragen Zuständigen. Er gilt vor allem den Menschen, die sich in den Kirchengemeinden und Kirchenkreisen ehrenamtlich und hauptberuflich ganz praktisch für die Umweltbelange einsetzen.

Da der Berichterstatter sich seit dem 1. April 2010 im Ruhestand befindet, ist er einerseits für das in der Beauftragungsverlängerung erkennbare Vertrauen dankbar, andererseits bittet er darum, die Aufgaben eines landeskirchlichen Umweltbeauftragten rechtzeitig in andere Hände legen zu dürfen.

Hans Joachim Schliep